

## **KURATORIUM DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT FÜR BERUFSBILDUNG**

---

Der zentralen Rolle der Wirtschaft im deutschen Berufsbildungssystem hat 1969 das Berufsbildungsgesetz Rechnung getragen. Die weitgehenden Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Wirtschaft und Gewerkschaften hat auch das Berufsbildungsreformgesetz von 2005 bestätigt.

In Verbindung mit dem In-Kraft-Treten des Berufsbildungsgesetzes 1969 und dem Auslaufen früherer Kooperationsformen auf Arbeitgeberseite haben die Spitzenorganisationen der Wirtschaft (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Bundesverband der Deutschen Industrie, Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, Zentralverband des Deutschen Handwerks – später ergänzt durch Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Bundesverband der Freien Berufe und Deutscher Bauernverband) eine zentrale Koordinierungseinrichtung gegründet mit dem generellen Auftrag, die Arbeitgeberinteressen abzustimmen und gemeinsame Positionen der Wirtschaft zur beruflichen Bildung zu entwickeln und zu artikulieren.

Zentrale Aufgaben des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung sind:

- Berufsbildungspolitische Positionen und Stellungnahmen
- Koordination der Ordnungsverfahren in der Aus- und Weiterbildung
- Neue Berufe entsprechend dem Strukturwandel
- Mitwirkung und Interessenvertretung in den Institutionen der beruflichen Bildung
- Veranstaltungen zu aktuellen Themen der beruflichen Bildung
- Förderung des Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen Berufsbildungspraxis und -politik in den Ausbildungsleiter-Arbeitsgemeinschaften

Mit dem Übergang von der Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft ist die organisierte Zusammenarbeit und Abstimmung der Wirtschaft in der beruflichen Bildung noch wichtiger geworden: Bildung und Berufsbildung werden zum entscheidenden Standort- und Wettbewerbsfaktor. Dynamischer technischer Fortschritt und ständiger Strukturwandel führen zu kontinuierlichen Veränderungen des Qualifikationsbedarfs. Dies erfordert beschleunigte Aktualisierung der Ausbildungsberufe und Fortbildungsprofile. Neue Berufe – insbesondere für junge Branchen und neue Tätigkeitsfelder – müssen regelmäßig das duale Ausbildungsspektrum erweitern, um neue Betriebe und Wirtschaftszweige in das Berufsbildungssystem zu integrieren und dessen „Austrocknen“ zu verhindern. Gleichzeitig sind flexible Strukturkonzepte notwendig, die auch den Perspektiven lebenslangen Lernens Rechnung tragen. So wurden in den letzten fünf Jahren 35 neue Berufe geschaffen und 125 modernisiert. Die Verfahrensdauer hat sich mit durchschnittlich unter einem Jahr deutlich verkürzt. Auch die Zahl der Fortbildungsregelungen und -ordnungen hat kontinuierlich zugenommen.

Die Wirtschaft hat in der beruflichen Bildung eine besondere Verantwortung. Sie ist nicht nur Motor der Entwicklung und stellt die maßgebliche Expertise für Neuordnungen und Konzepte. Sie hat auch die Verantwortung für die Ausbildungsplätze und die Durchführung der Ausbildung sowie für die Akzeptanz der Ergebnisse. Ohne eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit und Abstimmung wird es auch in Zukunft nicht gelingen, die Interessen der Wirtschaft in der beruflichen Bildung umfassend und effizient zu vertreten und ihre zentralen berufsbildungs- und ordnungspolitischen Steuerungsfunktionen wahrzunehmen.

Helen Diedrich-Fuhs